



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
5. Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 05.12.2023	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	18:44 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Renate Prüß - SPD & FW		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Michelle Akyurt - CDU		
Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender		
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende		
Gregor Voht - SPD & FW		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Sandra Odendahl - SPD & FW		
Gabriele Gröschl-Bahr - SPD & FW		
Rainer Holtz - AfD		ab TOP 1; 16.05 Uhr
Delf Kröger - CDU		
Dr. Sina Gonther - CDU		
Sabine Hallmann - Unabhängige Volt-PARTEI		
Volker Nehrhoff - CDU		
Tristan Arun Rao - FDP		
Beiratsmitglieder		
Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen		
Verwaltung		
Senatorin Pia Steinrück - FB 2 - Wirtschaft und Soziales		
Ralf Kuschmierz - 2.020 FBC		
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung		nur öffentlicher Teil
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen 2.502 SeniorInnen-Einrichtungen		nur öffentlicher Teil

Matthias Wulf - Soziale Sicherung	bis TOP 6.2 ; 18.15 Uhr
Stefan Meierhoff - Personalrat FB 2	nur öffentlicher Teil
Daniela Rummert - 2.000.2 Stabstelle Integration	nur öffentlicher Teil
Achim Selk - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	bis TOP 5.2; 17:34 Uhr
Dr. Alexander Mischnik - 2.530 Gesundheitsamt	nur öffentlicher Teil
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Dr. Christian Frank - Sana-Kliniken	bis TOP 4.3; 17:10 Uhr
Dr. Ralf Katzbach - Belegarzt HNO	bis TOP 4.3; 17:10 Uhr
Dr. Henning Frenzel - Belegarzt Marienkrankenhaus	bis TOP 4.3; 17:10 Uhr
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzender	- entschuldigt -
Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU	- entschuldigt -
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Katrin Funk - Unabhängige Volt-PARTEI	- entschuldigt -
Nil Gersdorf - CDU	- entschuldigt -
Max Manegold - FDP	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.11.2023	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Informationen zum aktuellen Umsetzungsstand HGH	
3.2	Sachstand Geflüchtete	
3.3	Runder Tisch "Obdachlosigkeit"	
3.4	NEU: Anfrage Frau Akyurt zum Thema "Wohnungslose"	
3.5	NEU: Anfrage Frau Siegenbrink zum Zuschuss Geburtshaus	
3.6	NEU: Anfrage Frau Prüß zum Projekt "Knappe Kassen"	
4	Berichte	
4.1	Sachstandsbericht Sana Klinik Lübeck	
4.2	Sachstandsbericht "Marienkrankenhaus" aus Sichtweise der Belegärzte	
4.3	Zusammenlegung der Stabsstellen Integration - Koordinierung Flüchtlingsarbeit und Koordinierung Ehrenamt zum 01.01.2024	2022/11495-02-01
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Städtebauliche Gesamtmaßnahme "Moising" - Fortschreibung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (IEK)	VO/2023/12645
5.2	Lübecker Mietspiegel 2023	VO/2023/12795
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kommunale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!	VO/2023/12461
6.2	Dringlichkeitsantrag AM Renate Prüß (Fraktion SPD & FW): Bericht zum Konzept zur Armutsbekämpfung	VO/2023/12819
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	

8	Verschiedenes	
8.1	Ankündigung Sonderausschussitzung im Feburar 2024	
9	Ende des öffentlichen Teils	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Sie begrüßt die Gäste Herrn Dr. Frank von den SANA-Klinken, Herrn Dr. Katzbach sowie Herrn Dr. Frenzel.

Die Vorsitzende verpflichtet das stellvertretende bürgerliche Ausschussmitglied Frau Sabine Hallmann mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Die Vorsitzende lässt über TOP 5.2 und TOP 6.2 von der Nachtragstagesordnung abstimmen.

Der Ausschuss beschließt zu TOP 5.2 mit 13 Stimmen einstimmig die Dringlichkeit und erweitert die Tagesordnung um diesen TOP.

Herr Holtz betritt um 16.04 Uhr den Sitzungssaal.

Die Vorsitzende ruft den TOP 6.2 zur Abstimmung auf. Hierzu sprechen Frau Akyurt, Frau Gröschl-Bahr, Frau Siegenbrink, Herr Müller und Frau Senatorin Steinrücke. Inhaltlich wird über die Dringlichkeit und Notwendigkeit dieses Antrages diskutiert.

Der Ausschuss beschließt zu TOP 6.2 die Dringlichkeit mit 10 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 10 bis 14 en bloc abstimmen: Der Ausschuss beschließt einstimmig die Zuordnung.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Teilnahme von Herrn Kuschmierz und Frau Timmermann von der Verwaltung im nichtöffentlichen Teil.

Abschließend lässt die Vorsitzende über die geänderte erweiterte Tagesordnung abstimmen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.11.2023

Herr Müller-Lornsen erklärt zu TOP 3.10: „Ich habe den Zeitraum für die Ausweitung von 18.00 bis 6.00 Uhr benannt.“

Das Protokoll wird in diesem Punkt geändert. Weitere Wortmeldung gibt es nicht.

Der Ausschuss beschließt die Niederschrift unter Beachtung der o.g. Änderung einstimmig.

Die Niederschrift ist damit mit der o.g. Änderung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Informationen zum aktuellen Umsetzungsstand HGH

Frau Senatorin Steinrücke verweist zu diesem TOP auf die ausführlichen Ausführungen im Hauptausschuss und in der Bürgerschaft.
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2 Sachstand Geflüchtete

Frau Schwartz berichtet von vermehrten Zuzügen, stellt die aktuellen Zahlen der Geflüchteten dar und gibt den Hinweis auf mögliche neue Unterkünfte.
Hierzu spricht Frau Siegenbrink.
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.3 Runder Tisch "Obdachlosigkeit"

Frau Schwartz berichtet vom „Runden Tisch Obdachlosigkeit“. Aktuell sind die Notunterkünfte voll ausgelastet, aber es ist gelungen, für kurzfristig notwendige Unterbringungen während der Winterzeit eine Möglichkeit zu schaffen.
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.4 NEU: Anfrage Frau Akyurt zum Thema "Wohnungslose"

Frau Akyurt erfragt, ob die Stadt bei der Veranstaltung beim Land zum Thema „Obdachlosigkeit“ teilgenommen hat und ob vorgestellte Projekte für die Stadt interessant sind.
Frau Schwartz bestätigt die Teilnahme der Stadt und berichtete, dass keine wesentlichen neuen Erkenntnisse erlangt wurde und zudem die Stadt mit der Diakonie Nord Nord Ost an allen Projekte dran ist.
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.5 NEU: Anfrage Frau Siegenbrink zum Zuschuss Geburtenhaus

Frau Siegenbrink erfragt den Sachstand zum Zuschuss für das Geburtenhaus.
Hierzu wird im Februar–Ausschuss berichtet.
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.6 NEU: Anfrage Frau Prüß zum Projekt "Knappe Kassen"

Frau Prüß berichtet vom 10-jährigen Jubiläum des Projektes „Knappe Kassen“ und erfragt, ob dieses Projekt nicht verstetigt werden kann, weil dort eine tolle wertvolle Sozialarbeit direkt und unmittelbar für die Menschen geleistet wird.
Hierzu erfolgt auch im Februar-Ausschuss eine Befassung.
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4 **Berichte**

zu 4.1 **Sachstandsbericht Sana Klinik Lübeck**

Herr Dr. Frank stellt anhand einer Präsentation die Planung der SANA-Klinik vor.
Herr Müller erfragt, wie der Ausschuss das Vorhaben der SANA-Klinik unterstützen kann und beantragt einen Appell an die Verantwortlichen beim Land und Bund vorzubereiten.

Weiter sprechen Frau Akyurt, Herr Müller-Lornsen, Herr Kröger, Herr Voht, Frau Senatorin Steinrücke.

Die Fraktion die DIE LINKE + GAL beantragt:

„Der Sozialausschuss der Lübecker Bürgerschaft spricht sich für die zügige Umsetzung des Projektes SANA 2030 aus.

Er appelliert an die Landesregierung die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Ebenso fordert der Ausschuss die Landes- und Bundesregierung dazu auf, auch während der Bauzeit zu jedem Zeitpunkt die medizinische Versorgung in Lübeck und der Region sicherzustellen.“

Die Fraktion SPD und Freie Wähler sowie die CDU-Fraktion treten dem Antrag bei.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.
Der Ausschuss beschließt einstimmig.

zu 4.2 **Sachstandsbericht "Marienkrankenhaus" aus Sichtweise der Belegärzte**

Herr Dr. Katzbach stellt zunächst einmal klar, dass der nicht mehr der Sprecher der Belegärzte des Marienkrankenhauses mehr ist, da es kein Marienkrankenhaus mehr gibt.
Er erläutert, dass ein Lösungsvorschlag vom Land abgelehnt wurde und daher das Marienkrankenhaus aufgegeben werden musste und insofern ist an der Stelle eine Unterstützung der Stadt nicht mehr möglich.

Er berichtet, dass die SANA-Klinik einen OP Saal für die Belegärzte für stationäre Eingriffe zur Verfügung gestellt hat und man bemüht ist, zwei OP-Säle im ehem. Marienkrankenhaus zu schaffen.

Die mögliche „Versorgungslücke“ liegt in längeren Wartezeiten auf die OP; da man vorher vier OP-Säle und jetzt aktuell nur einen für stationäre Eingriffe zur Verfügung hat
In der Gynäkologie sieht es noch einmal ganz anders aus, da die zum Standort UKSH umgezogen sind.

Hierzu sprechen Frau Akyurt, Herr Kröger und Frau Prüß.
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3 Zusammenlegung der Stabsstellen Integration - Koordinierung Flüchtlingsarbeit und Koordinierung Ehrenamt zum 01.01.2024
Vorlage: 2022/11495-02-01

Hierzu sprechen Herr Voht, Frau Siegenbrink, Frau Senatorin Steinrücke, Herr Nehrhoff sowie Frau Akyurt, die einen Sachstandbericht im Frühjahr zu der Zusammenlegung der Stabsstellen sowie deren Ausrichtung wünscht.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Zusammenlegung der Stabsstellen Integration - Koordinierung Flüchtlingsarbeit und Koordinierung Ehrenamt.

Weiterhin erfolgt hierdurch die Beantwortung des interfraktionellen Antrages VO/2022/11495-02 - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, DIE LINKE, Fraktion Vielfalt, Freie Wähler & GAL, Die Unabhängigen, FDP Fraktion: AT - Stelle für Antirassismus, Antidiskriminierung und Antisemitismus.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Städtebauliche Gesamtmaßnahme "Moisling" - Fortschreibung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (IEK)
Vorlage: VO/2023/12645

Herr Selk stellt anhand einer Präsentation die Maßnahme vor.

Frau Gröschl-Bahr verläßt von 17:22 bis 17:25 Uhr den Saal.

Hierzu sprechen Frau Siegenbrink, Frau Senatorin Steinrücke und Herr Müller.

Beschluss:

1. Die IEK-Fortschreibung wird beschlossen und der weiteren Durchführung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme Moisling zu Grunde gelegt.
2. Die Hansestadt Lübeck stellt auf Grundlage der IEK-Fortschreibung weiterführende Anträge auf Zuwendungen der Städtebauförderung und stellt die haushalterische Ordnung der kommunalen Anteilfinanzierung in den anstehenden Haushaltsplanungen her.

3. Die Hansestadt Lübeck setzt die dargestellten Einzelmaßnahmen der Städtebauförderung unter Einbindung der Sanierungsträgerin Grundstücks-Gesellschaft TRAVE mbH um.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Sanierungsträgerin Grundstücks-Gesellschaft TRAVE mbH einen Umsetzungsplan zu erstellen und diesen der anstehenden Haushaltsplanung zu Grunde zu legen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Bürgerschaft gem. Antrag zu beschließen.

zu 5.2 Lübecker Mietspiegel 2023
Vorlage: VO/2023/12795

Herr Wulf berichtet, dass der Lübecker Mietspiegel fortgeschrieben wurde. Hierzu spricht Herr Speckmann.

Beschluss:

Der auf der Grundlage des Gutachtens der Firma FUB IGES Wohnen+Immobilien+Umwelt GmbH als Fortschreibung erstellte Lübecker Mietspiegel 2023 wird durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck anerkannt und gilt damit als qualifizierter Mietspiegel gem. § 558 d BGB

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Bürgerschaft gem. Antrag zu beschließen.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 6.1 Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kommunale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!

Herr Voht und Frau Gröschl- Bahr begründen den Antrag und werben für die Zustimmung zum Antrag.

Herr Voht verweist auf die redaktionelle Änderung im 1. Satz des Antrags, dass es „September 2024“ heißen muss.

Herr Müller begrüßt den Antrag.

Frau Akyurt erklärt für die CDU, den Antrag abzulehnen.

Weiter sprechen Frau Senatorin Steinrücke, Herr Müller-Lornsen, und Frau Prüß sowie Frau Siegenbrink, die eine Vertagung vorschlägt, um einen neue gemeinsamen Antrag zu erarbeiten.

Herr Müller beantragt eine Unterbrechung von 5 min. Die Sitzung wird von 18:07 Uhr bis 18:15 Uhr unterbrochen.

Herr Voht erklärt sich einverstanden, den Antrag bis zu Februar-Sitzung zu vertagen, damit ein gemeinsamer Antrag erarbeitet werden kann.

Die Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen

Der Ausschuss beschließt einstimmig den Antrag zu vertagen..

Beschluss:

Der Bürgermeister möge bis zur Haushaltssitzung im September 2023 berichten, welchen Umfang an Personalstellen und Sachmitteln es bedarf, um eine städtische Mieter:innenberatungsstelle zu schaffen. Eine Tandem-Lösung aus Verwaltung und einem externen Träger, ähnlich der Koordinierungsstelle Ehrenamt, ist als Variante vorzuschlagen.

Zielsetzung soll eine kostenlose Beratung zu allen Fragen rund um das Wohnraummietrecht sein, sowie Unterstützung bei der Suche nach anwaltlicher Beratung in Sachen des Mietrechts. Die Beratung soll beispielsweise folgende Themen umfassen:

- Mieterhöhung / Mietpreis
- Betriebskosten / Heizkosten
- Kaution
- Kündigungen
- Schönheitsreparaturen
- Konflikte zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen
- Rechte und Pflichten von Mieter:innen und Vermieter:innen
- Spezielle Beratung für junge Mieter:innen unter 26 Jahren mit deren spezifischen Bedarfen

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Antrag wurde vom Ausschuss einstimmig vertagt.

<p>zu 6.2 Dringlichkeitsantrag AM Renate Prüß (Fraktion SPD & FW): Bericht zum Konzept zur Armutsbekämpfung Vorlage: VO/2023/12819</p>
--

Frau Gröschel-Bahr erläutert den Antrag und bitte um die Zustimmung.
Herr Müller erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE + GAL sich dem Antrag anschließt.

Frau Akyurt verweist auf die Diskussion unter TOP 1, wo bereits die Fragen zum Vorhandensein dieser Informationen gestellt wurden. Sie verweist auch auf den Armuts- und Sozialbericht (ASB), der in der Bearbeitung ist und stellt die Fragen zu Nr. 4, ob diese Hilfen nicht beim Land und Bund bestehen.

Frau Schwartz erläutert, dass der Workshop zum ASB, an dem die Fraktionen beteiligt sind, in den Januar 2024 verschoben wurde und dieses Ansinnen dort auch eingebracht werden kann.

Weiter sprechen Frau Senatorin Steinrücke, Herr Kröger, Herr Voht, Herr Müller-Lornsen, Frau Gröschel-Bahr, Frau Prüß sowie Frau Akyurt, die einen Vertagungsantrag zur Februarsitzung stellt.

Herr Nehrhoff verlässt von 18:22 bis 18:27 Uhr den Saal.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag zur Vertagung abstimmen.
Der Ausschuss entscheidet mit 6 Nein-Stimmen und 8 Ja-Stimmen für die Vertagung zur Sitzung im Februar 2024.

Beschluss:

Die Verhinderung von Einkommensarmut ist in erster Linie eine bundespolitische Aufgabe. Dennoch hat kommunale Prävention und Bekämpfung von Armutsfolgen einen hohen Stellenwert für das soziale Miteinander in unserer Stadt. Es wurden in den letzten Jahren viele verschiedene psychosoziale Maßnahmen hierzu auf den Weg gebracht.

Diese gilt es weiterzuentwickeln und an veränderte Lebensbedingungen der Menschen anzupassen. Die Identifizierung von Lücken und die Überprüfung, ob bestehende Hilfen so strukturiert sind, dass sie auch bei den Menschen ankommen, sind dafür grundlegende Voraussetzung.

Der Bürgermeister wird beauftragt zu berichten:

1. Welche Angebote es bereits gibt, um Menschen in relativer Armut zu unterstützen, die keine Rücklagen haben und in Not geraten.
2. Welche Hilfemöglichkeiten bieten die Stadt bzw. freie Träger an, wenn keine finanziellen Mittel mehr da sind z.B. für Lebensmittel, Strom, Miete, benötigte Kleidung für Kinder, Ersatzbeschaffung für wichtige Haushaltsgeräte, Schultensilien etc.,
3. An wen können sich die Menschen wenden, wenn sie in soziale Not geraten und wie erfahren sie von den Angeboten?
4. Ist die Einrichtung stadtteilorientierter Fonds eine Möglichkeit bisherige Hilfen zu bündeln bzw. zu ergänzen und damit niedrigschwellig und dicht am Bedarf die Not der Menschen zu bekämpfen?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 8 Verschiedenes

zu 8.1 Ankündigung Sonderausschusssitzung im Februar 2024

Die Vorsitzende berichtet, dass es am 20.02.2024 eine Sonderausschusssitzung zum Thema „Machbarkeitsstudien Städtische SIE“ geben wird.
 Hierzu sprechen Herr Müller und Frau Akyurt sowie Frau Senatorin Steinrücke.
 Der Ausschuss nimmt Kenntnis

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Die Vorsitzende schließt um 18:42 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
 Die Sitzung wird um 18:43 Uhr von der Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Lübeck, den 7. Februar 2024

Frau Renate Prüß
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung